

diskurskultur

Diskurskultur und ökologische Politik

In unserem demokratischen Diskurs gibt es einen tiefen Graben. Er wird selten überbrückt, auch wenn sich Vertreterinnen und Vertreterinnen der beiden Lager, die dieser Graben trennt, immer wieder gegenüber sitzen. Der Graben trennt Aktivistinnen und Aktivisten, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich zu Klima- und Ökologiebewegung zählen, und die institutionalisierten Politik, große Teile des Journalismus und auch Expertinnen und Experten anderer Fachgebiete voneinander. Nur wenige in der Politik, vor allem Grüne, fühlen sich beiden Seiten zugehörig. Das bedeutet aber nicht, dass sie auf beiden Seiten akzeptiert werden.

Die Diskurse, die auf beiden Seiten dieses Grabens gehalten werden, unterscheiden sich radikal voneinander. Die Mitglieder der Klima- und Ökologiebewegung eint die Überzeugung, dass wir uns nicht nur auf eine globale ökologische Katastrophensituation zubewegen, sondern dass diese Katastrophen bereits begonnen haben. Sie alle gehen davon aus, dass uns nur eine ganz kurze Zeitspanne bleibt, um die schlimmsten Folgen ökologischer Fehlsteuerungen zu vermeiden. Sie kritisieren und sie protestieren, weil die offizielle Politik nur langsam auf diesen Alarm reagiert.

Auf der anderen Seite des Grabens werden die Alarmrufe der Wissenschaft und der Ökologiebewegung durchaus vernommen. Sie führen auch zu Änderungen in der Politik. Sie werden aber nicht als Anlass einer radikalen Kurskorrektur verstanden, sondern als Alarmrufe einer Lobbygruppe unter vielen. Das politische Geschäft und die Öffentlichkeit, in die dieses Geschäft eingebettet ist, unterscheidet sich für die offizielle Politik nicht grundlegend von dem, was wir als Politik gewohnt sind.

Während Klima- und Ökologiebewegung hier, orthodoxe Politik dort durch einen Graben getrennt werden, über den man sich etwas zurufen kann, trennt eine Mauer beide Diskursformationen von den Diskursen der Populisten und Klimaleugner, die weder von den demokratischen Parteien noch von der Wissenschaft erreicht werden. Um in Bild zu bleiben: Die beiden Seiten dieser Mauer kommunizieren nur durch Geschrei. Dieses dritte Lager hat aber in fast allen westlichen Ländern ein erhebliches Gewicht. Große Teile der traditionellen Politik bemühen sich intensiver um Unterstützung dieses Lagers als um die zahlenmäßig oft kleinere Klimabewegung. Die Rebellion, die radikale Teile der Klimabewegung ausgerufen haben, findet um Dimensionen weniger Zulauf als die

Rebellionen, die Impfgegner und Pegida-anhänger angezettelt haben, mit publizistischer Unterstützung durch Organe, die mit der gewohnten demokratischen Öffentlichkeit nur dem Anschein nach verwandt sind.

Ich möchte in diesem Aufsatz nicht versuchen den Graben zuzuschütten, von dem ich zu Anfang gesprochen habe. Ich gehöre selbst auf die Seite der Klima- und Ökologiebewegung und würde ihr eher zu wenig, nicht zu viel Radikalität vorwerfen. Ich möchte stattdessen ein Brett über den Graben schieben, über das man sich auf die andere begeben kann, die ich als traditionelle demokratische Diskurskultur bezeichne. Ich bin nicht sicher, wie viel dieser Graben mit der Mauer zu tun hat, die den gewohnten demokratischen Diskurs von den identitären Diskursen trennt. Aber ich möchte abschließend wenigstens die Hypothese formulieren, dass diese Mauer mit einer Verengung des liberalen Diskursfeldes zu tun hat, auf die die Vertreterinnen und Vertreter der ökologischen Demokratie mit der Öffnung eines neuen Feldes reagieren, das genau diese Mauer verbergen soll.

Ist die Demokratie unfähig, ökologische Katastrophen zu verhindern?

Kim Stanley Robinson schildert in *The Ministry for the Future*, wie es die Menschheit zwischen 2030 und 2050 schafft, die Klimakrise zu beherrschen. Nach katastrophalen Hitzewellen entscheiden sich die Staaten der Welt zur Kooperation, reduzieren die Emissionen radikal und überlassen eine Hälfte der Territorien der Erde wieder der Natur. Der CO₂-Gehalt der Atmosphäre beginnt zu sinken. In den 50er Jahren des 21. Jahrhunderts können die Menschen hoffen, dass sich die ökologische Lage des Planeten in ihrer Zukunft verbessern und nicht noch weiter verschlechtern wird.

Diese positive Utopie kommt nicht nur auf friedlichem Wege zustande. Nachdem Millionen Menschen in Indien der Hitze zum Opfer gefallen sind, formiert sich dort die Terrororganisation *Kinder der Kali*. Auch das Ministerium für die Zukunft, das weltweit den Kampf gegen die Klimakatastrophe anführt, hat einen *schwarzen Arm*. Zu den Mitteln des Kampfes für das Klima gehören Attentate auf Exponenten der fossilen Wirtschaft. Drohnenanschläge auf Flugzeuge beenden weltweit die Zivilluftfahrt mit fossilen Brennstoffen.

In Robinsons Roman siegen letztlich auch Demokratie und internationale Kooperation. Aber die friedlichen Mittel der Demokratie allein haben nicht ausgereicht, um eine Existenzkrise der Menschheit zu lösen. Terror und Alleingänge von Staaten – massive Schwefelinjektionen in die Atmosphäre durch Indien – sind nötig um die Fossilindustrie und mit ihr ganzes Wirtschaftssystem zu besiegen, das große Teile der Erde unbewohnbar macht.

Robinsons Roman ist keine Verherrlichung des Terrors sondern eine Warnung. Je zerstörerischer die ökologischen Krisen werden, desto mehr Gewalt werden sie hervorrufen.

Klima- und Erdsystemwissenschaften sagen eindeutig, dass die Lebensgrundlagen der Menschheit bedroht sind.

Die Demokratien haben es bisher nicht geschafft, darauf adäquat zu reagieren.

Zu den Folgen dieser Unfähigkeit gehört nicht nur die ökologische Katastrophe, sondern sie gefährden auch die Demokratie. Wenn es nicht gelingt, Handlungsfähigkeit gegenüber den ökologischen Krisen herzustellen, dann delegitimiert das die Demokratie. Ich möchte hier fragen, wo sich unsere Demokratien verändern müssen, um *Anpassung und Minderung* Adaptation und Mitigation angesichts der Klimakrise und der übrigen ökologischen Krisen sicherzustellen.

Da man Themen von den Dimensionen der Klimakrise und der Krise der westlichen Demokratie nicht in einem Magazinartikel behandeln kann, versuche ich eher, einen Einblick in vorhandene Diskussionen zu geben - also Scheinwerfer vorzuschlagen, mit denen man einen Überblick über die Diskussionen und Debatten zu dieser Thematik und auf einige Querverbindungen zwischen ihnen

Ich möchte deshalb

Ich versuche in diesem Text Fragen nach dem Verhältnis der Demokratie zu ökologischen Krisen zu stellen, die die Existenz der menschlichen Zivilisation bedrohen. Alle diese Fragen beziehen sich auf die Reformierbarkeit unserer demokratischen Kultur angesichts der ökologischen Herausforderungen. Ich kann diese Fragen nicht beantworten. Die Antworten werden von den politischen Entwicklungen der kommenden Jahrzehnte gegeben werden. Ich habe versucht diese Fragen so zu formulieren, dass sich mit ihnen wichtige Aspekte von Diskussionen zur demokratischen Kultur angesichts der ökologischen Krise erfassen lassen.

Die erste der acht Fragen ist übergreifend, die anderen sieben sind Unterfragen zu ihr:

1. Ist die Demokratie unfähig, ökologische Katastrophen zu verhindern?
2. Muss sich das Verhältnis von unpolitischer Wissenschaft und pluralistischer demokratischer Entscheidungsfindung ändern?
3. Lässt sich nach dem liberalen und dem sozialistischen ein ökologisches Politik-Paradigma formulieren?
4. Scheitert unser Modell der Pressefreiheit angesichts der wissenschaftsfeindlichen Propaganda?
5. Blockiert die Globalisierung lokales demokratisches Handeln gegen die ökologische Krisen?
6. Können nichtmenschliche Akteure, etwa Tier- und Pflanzenarten, Ökosysteme oder Landschaften zu politischen Subjekten werden?
7. Ist ökologische demokratische Politik jenseits der parlamentarischen Demokratie möglich?
8. Hängen ökologische Krisen und antidemokratische Tendenzen zusammen?

Diese Fragen beziehen sich auf demokratische Einrichtungen, Praktiken und vor allem Diskurse. Sie berühren nur Aspekte der ökologischen Krisen und nicht ihre erkennbaren Ursachen. Es geht also nicht um eine Diskussion unseres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems. Aber ohne Politik und ohne Diskurse lässt sich unsere Gesellschaft nicht verändern - deshalb ist es wichtig, nach den vorhandenen demokratischen Instrumenten und ihren Grenzen zu fragen, gerade wenn man nicht vor allem das politische, sondern das Wirtschaftssystem verändern will.

Die ökologischen Krisen und die Demokratie sind Menschheitsthemen, die man nicht in einem kurzen Absatz abhandeln kann. Es geht hier nur um eine politische Standortbestimmung - ich versuche, mich und andere in einer kaum überschaubaren Masse von Diskussionen, Informationen und Konzepten zu orientieren.

Überleben der Menschheit – Überleben der Demokratie. 9 Fragen und Hinweise auf Antworten

1. **(Stichwort: Demokratiekrise) Sind die ökologischen Krisen demokratisch lösbar? Ist die Krise der Demokratie, die wir gerade erleben, angesichts der ökologischen Krisen nicht behebbar?** Ökologie und Demokratiekrise. Der demokratische Diskurs der letzten Jahrzehnte war nicht dazu in der Lage, das Risiko der größten Katastrophe in der Geschichte der Menschheit zu verhindern. - Globale Indizien: Emissionsentwicklung, Präsenz der ökologischen Themen in der Öffentlichkeit - Lokale Indizien: Demokratischer Diskurs über die Klimakrise in Graz/in der Steiermark - Schaffen wir es hier in Graz und der Steiermark, einen Weg zum 1,5°-Ziel demokratisch zu vermitteln?

Planetare Grenzen und ökologische Politik

Wir leben im Anthropozän. Wir wissen, dass die Voraussetzung für unser Leben von einem Erdsystem erzeugt wurden und werden, von dem unsere gesamte Existenz abhängig ist. Dieses Erdsystem stellt uns bisher einen *safe operating space* zur Verfügung, in dem sich die menschlichen Zivilisationen entwickeln konnten. Die ökologischen Krisen der Gegenwart bedrohen diesen Handlungsraum. Auch bisher war dieser Handlungsraum eine Voraussetzung politischen Handelns. Heute müssen wir diesen Handlungsraum sichern und entwickeln, um überhaupt politisch handeln zu können.

Im Anthropozän sind die bisher rein *natürlichen* Prozesse, von denen die Existenz der menschlichen Gesellschaften abhängt, nicht mehr von Menschen unabhängig. Sie werden von Menschen fundamental beeinflusst, und sie drohen dabei so aus gewohnten Gleichgewichtszuständen heraufzufallen, dass sie menschliche Gesellschaften gefährden, möglicherweise sogar die Existenz der Zivilisation überhaupt bedrohen.

Die Klimakrise ist das am meisten diskutierte Beispiel für solche Prozesse, und wahrscheinlich das inzwischen am besten untersuchte. Der gerade veröffentlichte Bericht des Weltklimarats stellt fest, dass die Fortsetzung der aktuellen Politik dazu führen wird,

dass die Temperaturen am Ende dieses Jahrhunderts um etwa 2,7 °Celsius über den Temperaturen vor der Industrialisierung liegen werden. Dieser Temperaturunterschied mag gering wirken, aber er bedeutet für alle Ökosysteme auf der Erde Veränderungen, die bei weitem drastischer sind als am Ende der letzten Eiszeit und die überdies in einem Bruchteil der Zeit geschehen, das in der Erdgeschichte für solche Veränderungen zur Verfügung stand. Vor über drei Millionen Jahren, im mittleren Pliozän, waren CO₂-Gehalt und Temperaturen ähnlich hoch (Masson-Delmotte et al., 2021, p. 1891).

Warum ist eine ökologische Diskurskultur nötig. Ihre Vertreterinnen und Vertreter sind sich darin einig, dass die demokratische Kultur, die sich in den letzten Jahrzehnten etabliert hat, nicht dazu in der Lage war, die ökologischen Katastrophen aufzuhalten, die wir bereits erleben und die von der gesamten ernst zu nehmenden Wissenschaft prognostiziert werden.

Die Natur, die Umwelt, das Außen der menschlichen Gesellschaft, von dem wir abhängen, wird in unserer demokratischen Kultur nicht oder viel zu wenig repräsentiert—und das gilt für die politischen Diskussionen im engeren Sinn wie für die Medien. Die Erkenntnisse des Weltklimarats werden seit Jahrzehnten immer dramatischer. Trotzdem erreichen die Treibhausgasemissionen nahezu jedes Jahr ein neues Rekordhoch. Es werden zwar Beschlüsse über weit entfernte Klimaziele gefasst, aber aktuell schaffen es nur wenige Länder ihre Emissionen zu reduzieren.

Der Weltklimarat unterscheidet bei den Maßnahmen, die angesichts der globalen Erhitzung nötig sind, zwischen Anpassung, Adaptation, und Milderung, Mitigation. Beide sind im Augenblick unzureichend. Beide sind, was das Klima betrifft, nicht nur inkrementell möglich.

Demokratischer Diskurs und Gründe für das Nichthandeln

Es gibt viele Erklärungen dafür, warum auf Krisen, die die größte Herausforderung in der Geschichte der Menschheit darstellen, nicht oder bei weitem nicht in ausreichendem Maß reagiert wurde. Eine zentrale Rolle spielen dabei politische und ökonomische Macht. Eine Forschungsgruppe um Kevin Anderson hat gerade die Literatur zu den Machtverhältnissen untersucht, die Handeln gegen die Klimakrise bisher erfolgreich verhindern (Stoddard et al., 2021). Die wirtschaftlich Mächtigen, die von der Fossilenergie profitieren, betreiben in großem Umfang Propaganda, um eine Politik gegen die Klimakatastrophe zu verhindern (Götze & Joeres, 2020). Machtpolitik und Propaganda werden von Abwehrmechanismen unterstützt, die die Klimakrise auf der psychologischen und symbolischen Ebene lösen und damit Handeln in der Wirklichkeit verhindern (Steurer, 2021). Durch ihren Umfang und durch ihre Langfristigkeit stellt uns die Klimakrise vor einzigartige ethische Dilemmata, die sich nur durch weltweite politische Institutionen auflösen lassen (Gardiner, 2006).

Muss sich das Verhältnis von unpolitischer Wissenschaft und pluralistischer demokratischer Entscheidungsfindung ändern?

Die Stadt Graz erarbeitet gerade einen Klimaplan. Zum ersten Mal wurde systematisch erfasst, für welche Emissionen die Stadt verantwortlich ist.

2. (Stichwort: Scheiternde Wissenschaftskommunikation) Versagen die Erssystemwissenschaften aus strukturellen Gründen bei der politischen Kommunikation? Wie ist das Verhältnis von wissenschaftlichen und politischen Diskursen? Wo warum gelingt, und vor allem: Wo scheitert die Übersetzung zwischen beiden? Scheitern des Aktivismus. Wissenschaft und Aktivismus sind bisher dabei gescheitert, eine ökologische Politik durchzusetzen, die auch nur ansatzweise den Herausforderungen der ökologischen Krise gerecht wird. - Globale Indizien: Wirkungslosigkeit der Forschung - Lokale Indizien: Die hervorragende Forschung vor Ort hat für die städtische Politik kaum Konsequenzen - Schaffen wir es, die Transformation der Region zu einem Ziel der akademischen Forschung zu machen?

Wissenschaftlichkeit

Die Voraussetzung einer ökologischen Diskurskultur ist es, die Fakten über die ökologische und soziale Situation ernst zu nehmen und die wissenschaftlichen Erkenntnisse dazu nicht zu ignorieren. Es geht um die Veränderungen des Erdsystems, vor allem um die Veränderungen in unserer Nähe.

In unserer demokratischen Kultur trennt ein Graben die politischen Debatten von den Naturwissenschaften. Die Naturwissenschaften sind dadurch definiert, dass sie unpolitisch sind, während politische Debatten von Standpunkten und Werten abhängig sind.

Die Wissenschaften vom Erdsystem ergeben aber, dass wir uns im Anthropozän befinden. Was die Auswirkungen menschlichen Handelns angeht, wird die Unterscheidung von Natur und Geschichte, Natur- und Gesellschaftswissenschaft damit obsolet.

Dass die wissenschaftlich gesicherten Einsichten in die ökologischen Katastrophen so wenig politische Folgen haben, macht es nötig, das Verhältnis von Politik und Wissenschaft neu zu definieren.

Diese neue Definition betrifft die Wissenschaft, die sich nicht mehr apolitisch verstehen kann.

Sie betrifft aber auch die Politik, die sich als *Politik der Natur* verstehen muss. Sie findet in anderen Räumen statt: nicht mehr auf Territorien mit klaren Grenzen, in denen sich überdies klar unterscheiden lässt, was *sozial* und was *natürlich* ist. So wie es eine

ökologische Ökonomie gibt, die mit den *material flows* einen eigenen gegenstandsbereich abgrenzt und erforscht, so muss es auch eine Politik geben, die die Gelegenheiten des Erdsystems in politische Gegebenheiten übersetzt.

Die Ukraine-Krise zeigt gerade, wie *materielle Flüsse* wie die von Gas, Öl und Kohle von einer Angelegenheit des geschäfts zu Komponenten des Politischen werden. Dabei handelt es sich nicht um eine plötzliche Transformation sondern es wird sichtbar, dass auch die bisherige Politik, in der Ökologie nur ein Thema unter vielen ist, ein ökologisches Fundament hat.

Hier in Graz ist der Klimaplan der Stadt ein gutes Beispiel. Die Eröffnungsbilanz zeigt, wie vernetzt wir mit anderen Handelnden weltweit sind, und wie sehr Maßnahmen wie die Reduktion der Emissionen in der Stadt erfordern, dass wir diesen Netzwerken nachgehen.

Lässt sich ein ökologisches Politik-Paradigma nach dem liberalen und dem sozialistischen formulieren?

3. (Stichwort: Besonderheit der ökologischen Thematik) **Relativiert die politische und diskursive praxis die ökologische thematik zu sehr? Worin besteht das Besondere der ökologischen Diskurse?** Nichtreduzierbarkeit. Ökologische Politik braucht eine eigene Diskurskultur, die sich nicht auf eine der vorhandenen Diskurskulturen reduzieren lässt. - Globale Indizien: Ökologische Politik wird entweder einem im weitesten Sinn liberalen oder sozialistischen Politikkonzept untergeordnet - Lokale Indizien: Themen der Parteien und der politischen Diskurse - Schaffen wir es, eine Diskurshegemonie für ökologische Themen herzustellen?

Wie die Stadt Graz gerade das Thema *Klima* angeht zeigt auch, wie ein ökologisches Thema in die Kategorien der politischen Arbeit übersetzt wird - man könnte auch sagen: Wie ein ökologisches Thema *geframet* wird. Für die meisten auf der Linken ist das Klima ein soziales Thema. Für die Liberalen und Konservativen ist es vor allem ein wirtschaftliches Thema. Die Grünen thematisieren als einzige Partei ökologische Themen als solche, aber auch sie übersetzen sie oft in den liberalen oder in ein sozialdemokratisch-/sozialistisches Framework.

Eine ähnliches Problemverständnis findet sich auf allen politischen Ebenen, auf denen die Klima- und die anderen ökologischen Krisen verhandelt werden. Sie werden auf der einen Seite noch immer ökonomistisch wirtschaftlich bewertet, und es werden wirtschaftliche Lösungen für sie entwickelt, die den Rahmen der aktuellen Wirtschaftsordnung und des Entwicklungsmodells, das in diese Krisen geführt hat, nicht sprengen. Auf der anderen Seite werden sie als Schauplatz einer sozialen Auseinandersetzung begriffen, die man den herkömmlichen Klassenbegriffen erfassen kann.

Hinter diesen Rahmungen stehen das liberale und das sozialistische Politiverständnis, die unsere politische Kultur dominieren. Beide sind nicht falsch. Die sozialistischen Ziele wurden in vielen Ländern auch dadurch wenigstens zum Teil umgesetzt, dass sie in die Sprache des liberalen Politikverständnisses übersetzt wurden. Ein wichtiges Beispiel dafür ist die Erweiterung des Katalogs der Menschenrechte.

Beide politische Rahmungen werden aber den ökologischen Krisen nur bedingt gerecht. Man hat es mit anderen sozialen Handelnden zu tun als mit den Individuen und Assoziationen von Individuen, von denen das liberale Politik- und Staatsverständnis ausgeht. Und man hat es auch mit anderen ökologisch-sozialen Klassen zu tun als im herkömmlichen Sozialismus. Die Handelnden sind durch ihre ökologische Position definiert, also davon, von was sie ökologisch abhängen.

Der sozialdemokratisch-sozialistische Diskurs hat nach dem zweiten Weltkrieg eine kulturelle Hegemonie erreicht, und damit auch die demokratischen Staaten transformiert. Zum Teil, aber nicht durchgängig, wurde er vom liberalen bzw. neoliberalen abgelöst. heute brauchen wir die hegemonie eines ökologisch-politischen Diskurses.

Wie kann eine ökologische Diskurskultur aussehen?

Orientieren am Befinden

Zu einer Diskurskultur in einer Epoche der ökologischen Krisen gehört es auch, die Verunsicherungen und Ängste aufzunehmen, die diese Krisensituationen verursachen. Auch das ist eine vor allem diskursive Aufgabe.

Anschluss an Traditionen

Zu den Ressourcen, die wir haben, um auf aktuelle Krisen zu reagieren, gehören ethische, politische und religiöse Traditionen. Eine zeitgemäße Diskurskultur muss an diese Traditionen anschließen. In diesen Traditionen finden wir auch Sprachen und Interpretationspraktiken, durch die wir auf lokale Verhältnisse, auf die Ökosysteme und Landschaften in unserer Nähe reagieren können.

Disruption

Eine Reaktion auf die ökologische Situation der Gegenwart ist auch und gerade lokal nur möglich, wenn wir nicht einfach inkrementell das Bestehende anpassen. Eine Aufgabe der Diskurskultur besteht darin, die Voraussetzungen für radikale Brüche mit ökologisch nicht haltbaren Verhältnissen herzustellen.

Reproduktion statt Produktivismus

Unsere aktuellen politischen Diskurse sind auf Produktion, Innovation und Wachstum bezogen. Eine terrestrische Diskurskultur wird dagegen eher auf die Regeneration des Vorhandenen ausgerichtet sein. Sie wird nicht auf die Mangelhaftigkeit des Bestehenden durch das Versprechen von zukünftigem quantitativen Wachstum reagieren.

Scheitert unser Modell der Pressefreiheit angesichts der wissenschaftsfeindlichen Propaganda?

(Stichwort: Epistemic Crisis) Welche Faktoren unterstützen eine Ermächtigung ökologischer Kräfte, welche verhindern sie? Ist die Asymmetrie bereits so groß, dass gegen die Manipulation nicht erfolgreich angegangen werden kann? Ermächtigung gegen Entmächtigung. Das Gegenteil der Diskurskultur ist die Klimaleugnung, die auf Entmächtigung des ökologischen Aktivismus ausgerichtet ist. - Globale Indizien: Trump, Network Propaganda - Lokale Indizien: Impfgegner-Demos in Graz, Greenwashing - Sind Standards und Policies möglich, durch die wir faktenfeindliche Ideologien gemeinsam identifizieren

Zu unserer Demokratie gehört die Pressefreiheit, und zur Pressefreiheit gehört es, dass die Handelnden nicht die direkt politischen Handelnden. Zur Pressefreiheit gehört auch, dass journalistische Arbeit unabhängig von Wirtschaftsinteressen ist.

Seit dem Beginn der Erforschung der ökologischen Krisen, eigentlich schon seit dem Beginn einer ökologischen Bewegung, haben Interessengruppen publizistisch gegen ökologische Politik mobilisiert. Sie waren und sie sind dabei erfolgreich.

Diese antiwissenschaftliche Propaganda hat sich in den letzten 20 zunehmend mit einer generell antidemokratischen und auch anti-Medien-Propaganda verbunden. Hinter dieser Propaganda stehen einerseits Leute mit wirtschaftlicher Macht, die die Öffentlichkeit gezielt manipulieren. Andererseits wird sie von den monopolistischen und werbefinanzierten Internetplattformen begünstigt.

Auch hier werden die Grundpfeiler der Demokratie zu Balken im Auge der Demokratinnen und Demokraten. Pressefreiheit und Meinungsfreiheit werden benutzt, um Propaganda zu verbreiten. Regulierungen, die die Unabhängigkeit von Medien sicherstellen, werden gezielt unterlaufen, und gleichzeitig arbeiten die wichtigsten Plattformen für die Verbreitung von Inhalten weitgehend oder völlig unabhängig von jeder Regulierung.

Die Verbindung von antiökologischer Propaganda und antiliberaler Polarisierung ist ein Hinweis darauf, dass es Zusammenhänge zwischen den ökologischen Krisen und der Krise der Demokratie gibt.

Welche Maßnahmen sicherstellen, dass sich die antiwissenschaftliche Propaganda und damit zugleich auch die bewusste Polarisierung nicht durchsetzen, ist einer der schwierigsten unter den schwierigen Fragen, vor die die ökologischen Krisen uns stellen.

ein Instrument ist mit Sicherheit die Förderung unabhängiger Plattformen. Eine öffentliche Förderung von offenen Online-Plattformen unterbleibt leider noch weitgehend. Hinzu müssen aber auch Aktionen gegen die Eigentümerinnen und Eigentümer bzw. die Sponsorinnen und Sponsoren wissenschaftsfeindlicher Propaganda kommen. Zivilbevölkerung und NGOs haben gerade hier Aufgaben, die nicht von staatlichen Stellen und auch nicht von gewinnabhängigen Firmen übernommen werden können.

Diskurskultur und Polarisierung

Es sprechen viele Indizien dafür, dass die Polarisierung zwischen liberalen und identitären Diskursen mit einer Krise der produktivistischen Diskurse zusammenhängt, mit der Unerträglichkeit des Unvermeidlichen, dass sie uns predigen. Diesen Zusammenhang möchte ich nur hypothetisch behaupten - Bruno Latour schreibt über ihn in seinem terrestrischen Manifest. Ich möchte hier begründen, warum ich eine ökologische Diskurskultur für notwendig halte und was sie auszeichnen könnte. Daraus ergibt sich dann hoffentlich auch, wie sich mit ihr aus der Sackgasse der Polarisierung herauskommen kann.

Die ökologische Diskurskultur, die ich zu charakterisieren versucht habe, öffnet lokale Handlungsräume. Sie akzeptiert die Unausweichlichkeit des globalistischen Diskurses nicht. Damit ist sie auch eine Alternative zu den identitären Diskursen, die Fakten bewusst und gezielt verfälschen.

Literatur

Blockiert die Globalisierung lokales demokratisches Handeln gegen die ökologische Krisen?

Lokales Handeln und globale Krise

Die ökologischen Krisen der Gegenwart betreffen den ganzen Globus und sie erfordern globales Handeln. Katastrophen lassen sich aber nur verhindern, wenn dieses Handeln lokal ist. Die Komponenten des Erdsystems, die lokalen ökologischen und sozialen Systeme müssen so funktionieren und so miteinander verbunden sein, dass die Grenzen des Erdsystems insgesamt nicht überschritten werden. Wir sind an jedem Ort des Erdsystems für die lokalen Systeme verantwortlich. Nur so können wir den Handlungsraum des gesamten Erdsystems bewahren. Wir müssen deshalb eine *terrestrische* (Latour, 2018), irdische Politik machen, nicht eine Politik, die von der Fiktion einer globalen Entwicklung und eines globalen Marktes ausgeht.

Der Hinweis darauf, dass wir mit unserem Handeln, wo immer wir sind, die Klimakrise nicht aufhalten können, ist nur richtig, wenn man den Kontext der eigenen Handlungen ignoriert. Richtig ist dagegen vor allem, dass die Klima- und die anderen ökologischen

Krisen nur dann bekämpft werden können, wenn überall auf der Erde gehandelt wird.

Zu den Schwierigkeiten eines ökologisch verantwortbaren Handelns gehört aber auch dass die lokalen handlungen an einem Ort mit ebenfalls lokalen Handlungen an ganz anderen orten verbunden sind. Die globalen Probleme sind nur lokal zu lösen, aber die lokale Lösung betrifft möglicherweise und oft globale netzwerke.

Einerseits ist deshalb die lokale Politik auf internationale Kooperationen angewiesen - aber oft auf ganz andere Kooperationen als in einem territorialen, also z.B. nationalen Namen nahe lägen. Andererseits lassen sich lokale Versorgungssysteme nur dann lokalisiert managen, wenn den lokal politisch Verantwortlichen nicht durch ihre Einbindung in einen globalen Markt die Handlungsmöglichkeiten aus der Hand genommen werden. Wenn die lokale Autofabrik oder der lokale Schweinezuchtbetrieb primär für den Weltmarkt produziert und davon die lokalen Arbeitsplätze und die lokalen Steuern abhängen, hat die lokale Politik nur sehr beschränkte Handlungsmöglichkeiten. eine ökologische Demokratie ist deshalb – wenigstens in großem Umfang - eine lokalisierte Demokratie, die auf kleine Einheiten ausgerichtet ist.

Auch hier ist es vor allem eine Frage, wie solche lokalen Ökologiemodelle aussehen können und ob sie sich durchsetzen können.

Gerade lokale ökologische Lösungen haben das Potenzial zu Evolutionen die dann mehr als nur lokale Konsequenzen haben. Sie erlauben sicher oft nicht die Menge des materiellen Konsums, die jetzt möglich - insbesondere für die 10% der global Wohlhabenden. Sie können aber sehr viel mehr auf umfassendes Wohlbefinden, auf das *gute Leben* der lokalen bevölkerung ausgerichtet sein. Damit brechen sie mit der Tradition der Uniformität in großen Territorien, die zum neuzeitlichen Staat und zur internationalen und schließlich globalen kapitalistischen Wirtschaft gehören. Wie sie sich umsetzen lassen, ist eine offene Frage. Aber es spricht sehr viel dafür, dass sie umgesetzt werden müssen.

Zur Kritik am globalistischen Diskurs gehört es auch, die Entlokalisierung als illusionär und gemacht zu enthüllen. Informationen und Diskurse sind materielle Phänomene, die einen Ort und eine Zeit haben. Sie sind in einer spezifischen Weise mit anderen Orten verbunden, nicht in einer neutralisierenden, immateriellen Weise.

Zu einer politischen Diskurskultur gehört für mich als Voraussetzung, diesen lokalen und begrenzten Charakter zu akzeptieren. Damit unterscheidet sie sich von den populistischen Gewaltphantasien, die etwas Lokales absolut setzen, und von dem globalistischen/neoliberalen Diskurs, der das Lokale ignoriert.

(Stichwort: Weltmarkt statt Demokratie”) Wie kann man die Demokratie lokalisieren? Wie sind lokalisierte demokratische Diskurse möglich, die lokale Evolutionen erlauben?
** Eine ökologische Diskurskultur muss lokalisierte Versorgungssysteme herstellen, die mit den planetaren Grenzen und globaler ökologischer Gerechtigkeit vereinbar sind. -

Globale Indizien: Aufdrängen eines Entwicklungsmodells - Lokale Indizien:
Abhängigkeit von globalen Märkten, Konsumbasierte Emissionen - Schaffen wir es, die
lokale und regionale Entwicklung auch lokal und regional zu steuern?

Es geht mir um eine Lokalisierung oder Territorialisierung unseres politischen Diskurses,
um die Berücksichtigung der Abhängigkeiten, in denen wir uns als irdische, terrestrische
Wesen befinden, die nur an einem Ort leben können und auf die Verbindungen dieses
Ortes zu anderen Orten angewiesen sind.

Die politische Diskurskultur, an die wir uns gewöhnt haben, ignoriert diesen Ort
weitgehend. Für sie steht dieser Ort, vereinfacht gesagt, in einem globalen Wettbewerb.
Sie setzt voraus, dass dieser Ort von Ressourcen lebt, die beliebige Orte auf dem Globus
zur Verfügung stellen. Der politische Diskurs thematisiert diese Beziehungen aber
höchstens unter wirtschaftlichen Aspekten.

Der polarisierende Antiglobalisierungsdiskurs ändert diese Beziehungen nicht, er blendet
sie allenfalls noch weiter aus. Er schreibt uns eine fiktive, naturalisierte Identität zu, die
unsere Position und unsere Ansprüche rechtfertigt.

Können nichtmenschliche Akteure, etwa Tier- und Pflanzenarten, Ökosysteme oder Landschaften zu politischen Subjekten werden?

Unsere Demokratie ist anthropozentrisch definiert: die politisch Handelnden sind
Menschen und Gruppen, und auch das Rechtssystem kennt bis auf wenige Ausnahmen nur
die Rechte von Menschen und Vereinigungen von Menschen. Eine weitere
Herausforderung der Demokratie im Anthropozän besteht darin, die Begrenztheit dieses
Ansatzes zu erkennen und anzuerkennen, dass auch andere Wesen als Menschen Rechte
haben und politisch handeln können. Es wurden und werden viele Diskussionen zu
diesem Thema geführt. Oft geht es dabei um Respekt und Schutz der Natur. Die
ökologischen Krisen machen es aber darüber hinaus auch nötig, die Handlungskraft der
Natur, des *land* anzuerkennen und mit ihr, statt sie auszubeuten, politische und
wirtschaftliche Bündnisse zu schließen.

Bündnisse mit der Natur und regenerative Politik

Natur nicht nur als Objekt der Ausbeutung oder auch als in sich selbst schutzwürdig
anzuerkennen, sondern gesellschaftliche Entwicklungen als Teil natürlicher Prozesse zu
verstehen, ist geboten, weil die Natur oder das Erdsystem selbst Möglichkeiten bietet,
gegen die ökologischen Krisen zu handeln. Menschen, denen dieser Gedanke
phantastisch, romantisch oder animistisch vorkommt, sollten sich mit den Erkenntnissen
der Klimawissenschaft zu *nature based solutions* oder *ecosystem based solutions*
beschäftigen.

So radikal die Forderung, die Emissionen von Treibhausgasen auf 0 zu reduzieren vielen erscheint – er ist nicht radikal genug. Um deutlich unter 2° globaler Erwärmung zu bleiben, müssen wir der Atmosphäre CO₂ entziehen. Das ist nur realistisch, wenn Ökosysteme uns dabei unterstützen. Statt zu überlegen, wie wir ihnen möglichst viel Ressourcen entziehen, werden wir unsere Wirtschaft vor allem darauf ausrichten müssen, wie wir ihre Fähigkeit vergrößern, Treibhausgase zu reduzieren.

Nature based solutions können erfordern, einen wilden Zustand zu erhalten oder wiederherzustellen. Sie können aber auch darin bestehen, Kulturlandschaften zu pflegen und zu entwickeln - also das, was bäuerliche Gesellschaften immer schon getan haben. Es kommt also nicht nur darauf an, die Umwelt nicht durch das eigene Verhalten zu schädigen, also z.B. nur soviel Treibhausgase zu emittieren, wie aufgefangen und gespeichert werden können. Es geht darüber hinaus darum, Landschaften so weiterzuentwickeln, dass sie ihr Regenerationspotenzial entfalten. Angesichts der ökologischen Katastrophensituation muss diese Regeneration zum Ziel wirtschaftlichen und politischen Handelns werden. (Agroökologie, Boden-Degradation, Moore, Städte)

Solche *Koalitionen menschlicher und nichtmenschlicher Akteure* sind nicht nur nötig, um die globale Erhitzung in den Griff zu bekommen. Auch die anderen großen Krisen, die durch das Überschreiten der planetaren Grenzen zustande kommen – die Biodiversitätskrise, die Krise des Phosphor- und Stickstoffzyklus und die Krise, die der Eintrag neuer Substanzen in die Natur bewirkt, lassen sich nur lösen, wenn die Handlungskraft der *Natur* anerkannt wird.

Human stewardship

Die Autoren des Tipping Points-Papiers stellen fest, dass sich nur durch *human stewardship* ein ökologischer Zustand erreichen lässt, der es erlaubt, unter Holozän-ähnlichen Bedingungen zu leben. Sie sagen damit, dass die Menschen im Anthropozän Verantwortung für das Erdsystem, für Gaia haben. Diese Verantwortung besteht aber darin, den anderen Handelnden in diesem System die Möglichkeit zu geben, zu interagieren und sich weiterzuentwickeln. Übersetzt in die Institutionen und Praktiken einer Demokratie bedeutet das, dass Entitäten, die man bisher als *natürlich* angesehen hat, Rechte und eine politische Stimme bekommen.

Man kann solche Rechte in zwei verschiedenen Weisen verstehen: Als Rechte der Menschen auf ein Leben in einer gesunden Umwelt oder als Rechte, die auch unabhängig von menschlichen Rechten bestehen. Rechte von Menschen auf ein gesundes Leben sind dann einklagbar, wenn Menschen geschädigt werden, wie z.B., als das deutsche Bundesverfassungsgericht die Bundesregierung verurteilte, die Rechte der jungen Generation nicht durch zu wenig Emissionsreduktion in der nahen Zukunft zu beeinträchtigen. Der Natur darüber hinaus Rechte zuzusprechen basiert auf ethischen Prinzipien und auf der Einsicht, dass das Erdsystem sich in einer Weise selbst steuern

kann, die durch menschliche Eingriffe beeinträchtigt wird. Es geht dabei um eine Selbstbegrenzung aus Einsicht in die Unüberschaubarkeit der Folgen von menschlichen Handlungen.

Rechte der Natur in der Demokratie

Für die Demokratie ist die Anerkennung von Rechten der Natur eine weitere Herausforderung. Noch größer wird die Herausforderung, wenn man sich klar macht, was *stewardship* über die Anerkennung von Rechten hinaus bedeutet: Menschlichen Aktivitäten werden durch das Funktionieren von Ökosystemen nicht nur beschränkt, sie müssen sich auch positiv daran orientieren. Damit werden Kollektive aus menschlichen und nichtmenschlichen Akteuren zu politisch Handelnden. Das widerspricht der *modernen* politischen Ontologie, in der Gesellschaften durch die Vergesellschaftung von Menschen entstehen und Natur als Außen und Mittel zum Zweck verstanden wird. Es widerspricht aber nicht der historischen Realität, in der die Qualitäten moderner Gesellschaften gerade durch die gesteigerte Ausbeutung natürlicher Ressourcen ermöglicht werden. *Wir sind nie modern gewesen*, wie ein der Titel eines Buches von Bruno Latour lautet.

In den letzten Jahren wurde immer öfter betont, auch im letzten Bericht des IPCC, dass das Wissen indigener Völker eine wichtige Rolle bei der Erhaltung von Ökosystemen hat. Wo Rechte der Natur juristisch verankert werden, werden deshalb oft auch indigene Gesellschaften mit einem besonderen Rechtsstatus anerkannt. In einer ökologischen Demokratie würde aber der Gegensatz zwischen vormodernen, indigenen Kulturen und *der* (als einer globalen Einheit verstandenen) modernen Kultur hinfällig. Es würden spezifische Regulierungen, Wissens- und Rechtssysteme entstehen, die mit den ökologischen Gegebenheiten z.B. in einer Küsten oder einer alpinen Region viel enger zusammenhängen, als wir das in unseren modernen Traditionen gewohnt sind.

(Stichwort: Human Stewardship) Wie lässt sich die materielle, geosoziale Basis im Diskurs repräsentieren** Wie kann man Ökosysteme in die Demokratie einbeziehen? Eine ökologische Diskurskultur ist irdisch, *terrestrisch*, im Gegensatz zu *global*. Sie sieht die lokalen Gegebenheiten nicht vor allem als Bestandteile eines globalen Marktes. Wie kann man nichtmenschliche Akteure im Diskurs etablieren?*** Eine ökologische Diskurskultur muss handlungsfähige Kollektive menschlicher und nichtmenschlicher Akteure herstellen. Sie unterscheidet sich von den anthropozentrischen politischen Diskursen der Neuzeit. - Globale Entwicklung: Anthropozän und Human Stewardship - Lokale Entwicklung: Verantwortung für die Ökosysteme hier, Regionalisierung

Mir geht es nicht, jedenfalls nicht direkt, um die Polarisierung zwischen rechten Populisten und den liberalen (im weitesten Sinn) Diskursen, die unser herkömmliches demokratisches Spektrum ausmachen. Mir geht es um eine politische Diskurskultur, die andere als die bekannten politischen Akteure einführt, z.B. Gletscher, die Schneedecke,

invasive Insekten und sich verändernde Wälder. Ich stelle die Frage, wie wir mit diesen Akteuren in Zukunft Politik machen werden und ich versuche zu beantworten, warum wir sie als politische Akteure begrüßen müssen.

Adaptation

Eine ökologische Diskurskultur muss die Voraussetzungen dafür schaffen, dass wir uns den sich verändernden ökologischen Bedingungen anpassen.

Minderung

Darüber hinaus muss eine ökologische Diskurskultur aktiv ökologische Katastrophen verhindern. Sie muss darauf ausgerichtet sein, dass wir falsche Entwicklungen der Gegenwart und der Vergangenheit korrigieren.

Beide Diskurstypen, die liberalen und die identitären, kann man als *anthropozentrisch* oder auch als *soziozentrisch* bezeichnen (wenn man davon ausgeht, dass Gesellschaften nur aus Menschen bestehen). Für sie finden Gesellschaft und Politik in einer weitgehend stabilen Umwelt statt. Die Beziehungen zu dieser Umwelt sind von einem ganz anderen Typ als die Beziehungen der Mitglieder der Gesellschaft zueinander. Gletscher, Flüsse oder Wälder sind keine Subjekte.

Wir haben gerade eine Krise erlebt, und wir sind aus dieser Krise noch nicht herausgekommen, in der ein nichtmenschlicher Akteur, nämlich ein Virus, unsere Gesellschaft deutlich verändert hat, bis hin zu so *menschlichen* Dingen wie den Abständen, die wir zueinander einhalten. Der Krieg in der Ukraine macht uns klar, wie sehr wir von materiellen Flüssen abhängen, wie sehr sogar die Akzeptanz unserer liberalen Ordnung davon abhängt, dass wir fossile Energien erhalten. Zugleich zeigen uns die Veränderungen der Gletscher, der Flüsse und der Wälder, dass sie in unsere Geschichte involviert sind. Wir müssen ihnen keine Innerlichkeit, keinen Willen zuschreiben (obwohl nicht einmal sicher ist, dass Wälder nicht kommunizieren können), aber wir können uns selbst immer weniger aus der *Natur*, aus der Welt dieser Akteure um uns herum herausnehmen. Wir sind mit anderen Arten, mit materiellen Flüssen, mit klimatischen Bedingungen verwoben. Schon kleine Veränderungen in der Gesellschaft mit diesen Phänomenen, Gegebenheiten oder Entitäten—wie immer wir sie nennen wollen—verändern die Beziehungen der Menschen zueinander und entscheiden darüber, ob und wie menschliches Leben möglich ist.

Eine ökologische politische Diskurskultur bezieht diese Bedingungen nicht nur in Ausnahmesituationen ein, sondern versteht sie als Basis politischen Handelns.

Sie ist nicht globalisiert, sondern hat es mit sehr spezifischen lokalen Abhängigkeiten zu tun und verschafft und Handlungsmacht (*agency*) im Verhältnis zu diesen Bedingungen. Sie ist nicht *produktivistisch* sondern richtet sich an der Reproduktion unserer

Lebensbedingungen aus. Sie versteht Ungerechtigkeiten in den Lebensbedingungen nicht als vorübergehende Abwesenheit von Gütern, die sich durch mehr Produktion irgendwann aufheben lassen wird.

Auch diese Diskurskultur hat es mit globalen Bedingungen zu tun, mit den planetaren Grenzen. Aber die lebensgefährliche Überschreitung dieser planetaren Grenzen ergibt sich aus einer Delokalisierung - umgekehrt ist es eine Sache lokaler Verantwortung, nicht globale Grenzen zu überschreiten.

Policies in AR6, WG3 - S. 2273:

Coastal adaptation and blue carbon, nature based solution, eco-system based adaptation, urban greening, climate adaptation plans at city level, green infrastructure, REDD+-strategies - (Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation)

—

In Chile wird gerade eine neue Verfassung ausgearbeitet. Zum ersten Mal ist die globale Erhitzung ein Ausgangspunkt. Zuvor hat bereits die Verfassung Ecuadors der Natur und auch einzelnen Arten umfassende Rechte eingeräumt (Surma, 2022).

Holmes Rolston hat, z.T. in der Nachfolge von Aldo Leopold (Leopold, 1989) eine Umweltethik ausgearbeitet, der zufolge Ökosysteme um ihrer selbst willen respektiert und geschützt werden müssen, nicht nur als Mittel zu menschlichen Zielen (Williams, 2021).

Laura Forlano hat in einem Aufsatz skizziert, wie ein nicht mehr auf Menschen zentrierter Design-Prozess aussehen kann (Forlano, 2016) ,

Ist ökologische demokratische Politik jenseits der parlamentarischen Demokratie möglich?

(Stichwort: Diskurskultur versus Mehrheitsentscheidung) Welche demokratischen Aktionsformen sind jenseits der etablierten Formate möglich?*** Eine ökologische Diskurskultur ist mit politischen Handlungsweisen und Formaten verbunden, die die traditionellen politischen Institutionen überschreiten. Dazu gehören Bürger:innenräte und ziviler Ungehorsam. - Globale Entwicklung: Bürgerinnenräte, ziviler Ungehorsam - Lokale Entwicklung: beschränkte Partizipation - Finden wir auf lokaler und regionaler Ebene institutionalisierte Formen der Teilnahme von Betroffenen

Dass unsere Demokratien bisher unfähig waren, auf die Klimakrise zu reagieren, zeigt auch Schwächen des parlamentarischen repräsentativen Systems. In diesem System konkurrieren meist fast gleichstarke Lager miteinander, die dazu bei jeder Wahl ihre Anhänger, und das ist meist ihre Klientel, durch kleine Vorteile oder durch den Schutz vor Nachteilen motivieren. Dieses System verlangsamt Entwicklungen. Auf disruptive Veränderungen mit weitreichenden Folgen für große Teile der Bevölkerung ist es nicht

eingestellt. Diese Immobilität wird noch dadurch verstärkt dass die Parteien berufspolitikerinnen, die Bevölkerung repräsentieren, von Spenden anhängig sind und von Lobbys manipuliert wurden.

Paradoxerweise ist die Bereitschaft zu einschneidenden Veränderungen in der Bevölkerung vorhanden, aber sie wirkt sich bei Wahlen meist kaum aus. Ein Grund dafür dürfte darin bestehen, dass die Fokussierung auf Einzelmaßnahmen auch eine Fokussierung auf mögliche Ungerechtigkeiten und Nachteile im Einzelfall ist.

Eine Lösung dieser Krise sind andere Formen der Repräsentation der Betroffenen. Die bekannteste dieser Formen sind Bürger:innenräte, die inzwischen vor allem zu Klimathemen in vielen Ländern durchgeführt wurden – meist allerdings nur zur Ideenfindung und als beratendes Gremium ohne Entscheidungskompetenz.

Die unzureichende Repräsentation der Betroffenen und ihrer Inhalte legt außerparlamentarische Aktionsformen nahe. Dazu gehört auch der zivile Ungehorsam, der immer wieder in der Klima- und Ökologiebewegung praktiziert wird. Er ist Ausdruck einer Krise der Demokratie, nicht einer antidemokratischen Haltung.

8. Hängen ökologische Krisen und antidemokratische Tendenzen zusammen?

(Stichwort: Road to Tyranny) In welchem Verhältnis stehen die verschiedenen Demokratiekrisen zueinander? Wenn es gelingt, eine ökologische Diskurskultur zu etablieren, ist damit ein Gegenmittel zur identären antidemokratischen Politik der Rechten und der hinter den Rechten stehenden Interessengruppen. Damit erlaubt eine ökologische Diskurskultur eine lokale demokratische Ermächtigung. Sie widerspricht der Unvermeidbarkeit und der Nivellierung politischer Unterschiede, die für die demokratische Politik der letzten Jahrzehnte charakteristisch war.

- Globale Entwicklung: Petrodiktaturen, - Lokale Entwicklung: Wahlbeteiligung, Engagement - Können wie den autoritären Kräften durch ein neues, ökologisches Demokratiemodell Energien entziehen?

Die ökologischen Krisen sind auch eine Krise des liberalen Sozialstaats und der liberalen und sozialen Demokratie. Im wesentlichen gleichzeitig mit der zunehmenden Sichtbarkeit der Klima- und auch der Biodiversitätskrise in der Öffentlichkeit gerät die liberale Demokratie und das globalisierte Wirtschaftsmodell auch unter einen immer deutlicheren Beschuss von rechts. Es liegt nahe, diese Gefahr von rechts auch als eine Reaktion auf die ökologischen Krisen zu verstehen und dahinter Agierende zu identifizieren, die eine ökologische Politik aus Eigeninteresse ablehnen. Deshalb stellt z.B. Bruno Latour eine direkte Verbindung zwischen Trump und der Klimakrise her.

Auch die populistische, antiliberale Rechte fordert, wenigstens in ihrer Ideologie, von anderen politisch Agierenden und einem anderen Handlungsrahmen auszugehen als die liberale und soziale Demokratie - nämlich von Völkern und Territorien. Die Rechten,

autoritären Kräfte promoten die Idee des Nationalstaats und der Souveränität. Sie behaupten, dass eine Identität zwischen einem territorialen Staat und einem Volk besteht, dass das Gebiet dieses Staats bewohnt oder bewohnen sollte, und dass es zwischen den territorial verstandenen Staaten vor allem Konkurrenz gibt. Diese Ideologie widerspricht allen Erkenntnissen zum Erdsystem und den Verbindungen zwischen ökologischen Akteuren. Es besteht ein Widerspruch zwischen einem geopolitischen Ansatz, der von der Selbstbehauptung von Territorien ausgeht, und der Einsicht in den vernetzten Charakter der Wesen, aus denen sich Gaia zusammensetzt.

Zur Entstehung der antiliberalen Rechten haben viele Faktoren geführt, sicher nicht nur die ökologischen Krisen. Die ökologischen Krisen erfordern – jedenfalls versucht dieser Aufsatz das herauszuarbeiten – eine Veränderung, vor allem eine Erweiterung der Demokratie. Sie haben das Potenzial Probleme zu lösen, die zum Aufstieg der Rechten geführt haben. So sehr die ökologischen Krisen zeigen, dass unser Demokratiemodell tiefgreifend verändert werden muss, so sehr sind sie auch eine Chance für die Demokratie. Und so sehr ist eine konsequente ökologische Politik von der Erhaltung der Demokratie abhängig.

Forlano, L. (2016). Decentering the Human in the Design of Collaborative Cities. *Design Issues*, 32(3), 42–54. https://doi.org/10.1162/DESI_a_00398

Gardiner, S. M. (2006). A Perfect Moral Storm: Climate Change, Intergenerational Ethics and the Problem of Moral Corruption. *Environmental Values*, 15(3), 397–413. <https://www.jstor.org/stable/30302196>

Götze, S., & Joeres, A. (2020). *Die Klimaschmutzlobby: wie Politiker und Wirtschaftslenker die Zukunft unseres Planeten verkaufen* (2. Auflage). Piper.

Latour, B. (2018). *Das terrestrische Manifest* (B. Schwibs, Trans.; Deutsche Erstausgabe). Suhrkamp.

Leopold, A. (1989). A Land Ethic. In *A Sand County almanac and sketches here and there* (Special commemorative ed, pp. 201–226). Oxford Univ. Pr.

Masson-Delmotte, V., Zhai, P., Pirani, A., Connors, S. L., Péan, C., Berger, S., Caud, N., Chen, Y., Goldfarb, L., Gomis, M. I., Huang, M., Leitzell, K., Lonnoy, E., Matthews, J. B. R., Maycock, T. K., Waterfield, T., Yelekçi, O., Yu, R., & Zhou, B. (Eds.). (2021). *Climate Change 2021: The Physical Science Basis. Contribution of Working Group I to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change*. IPCC. <https://www.ipcc.ch/report/ar6/wg1/#FullReport>

Steurer, R. (2021). The Climate Dissonance Theory: Why we have not solve the climate crisis so far. *Vienna: University of Natural Resources and Life Sciences*, 1(2021), 59.

Stoddard, I., Anderson, K., Capstick, S., Carton, W., Depledge, J., Facer, K., Gough, C., Hache, F., Hoolohan, C., Hultman, M., Hällström, N., Kartha, S., Klinsky, S., Kuchler, M., Lövbrand, E., Nasiritousi, N., Newell, P., Peters, G. P., Sokona, Y., ... Williams, M. (2021). Three Decades of Climate Mitigation: Why Haven't We Bent the Global Emissions Curve? *Annual Review of Environment and Resources*, 46(1), 653–689. <https://doi.org/10.1146/annurev-environ-012220-011104>

Surma, K. (2022, April 3). *Environmentalists in Chile Are Hoping to Replace the Country's Pinochet-Era Legal Framework With an "Ecological Constitution"* - Inside Climate News. Inside Climate News.

https://insideclimatenews.org/news/03042022/chile-ecological-constitution/?utm_source=InsideClimate+News&utm_campaign=4ccaa96ab8-&utm_medium=email&utm_term=0_29c928ffb5-4ccaa96ab8-328153014

Williams, B. (2021, May 5). *Holmes Rolston - Natural Environment*. Brian Williams.

<https://www.briangwilliams.us/natural-environment/holmes-rolston-iii-1.html>